

Editorial zum Schwerpunktthema: Übergangssystem

Editorial to the Focus Topic: Transition System

Als Übergangssystem werden solche Bildungsgänge zusammengefasst, „die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses ermöglichen“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 79)¹. Mit seinem Alarmruf, dass das Duale System schrumpfe, während das Übergangssystem expandiere, hat der erste Nationale Bildungsbericht (vgl. ebd., S. 80) eine lebhafte Fachdiskussion ausgelöst. Der zweite Nationale Bildungsbericht (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008) fragte dann nach der Wirksamkeit dieser Bildungsgänge. Angesichts des großen Umfangs der eingesetzten Mittel mangle es offenbar nicht an politischer Aufmerksamkeit für die Übergangsproblematik. Infrage stehe vielmehr die Effektivität der Maßnahmen: „Zwar gelingt es, der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine qualifizierende Ausbildungsperspektive zu vermitteln. Auf der anderen Seite steht der nicht erfolgreiche Teil derjenigen, für die aller Zeit- und Lernaufwand vergeblich bleibt“ (ebd., S. 168).

Der dritte Nationale Bildungsbericht gab dann 2010 insofern eine leichte Entwarnung, als er vor dem Hintergrund des Vorrückens geburtenschwacher Jahrgänge in die Phase des Übergangs von der Schule in den Beruf rückläufige Zugangszahlen für einzelne Bildungsgänge des Übergangssystems meldete (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 96). Allerdings lag der Anteil des Übergangssystems an allen Einmündungen in das Berufsausbildungssystem auch 2011 noch bei 30 Prozent (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 102) – eine Quote, deren Höhe die bildungspolitische Diskussion nicht beruhigt hat: Noch immer befänden sich fast 300.000 Jugendliche beim Übergang von der Schule in Ausbildung „in der Warteschleife“ (Anbuhl 2012, S. 2).

1 Die Quellenangaben sind in dem Literaturverzeichnis des Beitrages von Braun/Geier (in diesem Heft) enthalten.

Die Definition der Nationalen Bildungsberichte zum Übergangssystem ist relativ präzise bei der Bestimmung dessen, was dort nicht stattfindet (qualifizierte Berufsausbildung und Erwerb anerkannter Ausbildungsabschlüsse), und eher vage hinsichtlich der von Bildungsgängen des Übergangssystems tatsächlich erfüllten Funktionen (Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung und z.T. Nachholen eines allgemein bildenden Abschlusses). Wenn das Übergangssystem als „Black Box“ wahrgenommen wird – „Black Box Übergangssystem“ ist auch der Titel eines 2012 erschienenen Sammelbandes mit den Beiträgen einer Fachtagung der „Hochschultage Berufliche Bildung 2011“ (vgl. Bojanowski/Eckert 2012) –, dann ist das auch Ausdruck einer andauernden Unklarheit über die Funktionen der dem Übergangssystem zugeordneten Bildungsgänge. Absicht des thematischen Schwerpunktes dieses Heftes ist es, diese „Black Box“ auszuleuchten.

Im ersten Beitrag analysieren Ursula Beicht und Verena Eberhard Daten der bundesweiten, retrospektiv angelegten Übergangsstudie des Bundesinstituts für Berufliche Bildung („BIBB-Übergangsstudie 2011“). Ein Fazit lautet, dass die Bildungsgänge des Übergangssystems einer differenzierten Betrachtung bedürfen: Einerseits verbessern Jugendliche durch den Erwerb höherwertiger allgemein bildender Abschlüsse signifikant ihre Ausgangsposition für die Aufnahme einer qualifizierten Ausbildung. Andererseits kann die Teilnahme an solchen Bildungsgängen auch der erste Schritt auf dem Weg in die Ausbildungslosigkeit sein. Welche Effekte eintreten, ist abhängig von Merkmalen der einzelnen Bildungsgänge, aber auch von soziodemografischen Merkmalen (soziale Herkunft, Migrationshintergrund und Geschlecht), die ihrerseits mit dem länderspezifischen bzw. regionalspezifischen Aufbau des Bildungs- und Ausbildungssystems im Zusammenhang stehen.

Die Bedeutung der letztgenannten Faktoren wird im Beitrag von Nora Gaupp und Franciska Mahl dargestellt. Auf der Basis von Daten der Schulabsolventen-Längsschnitte des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in Leipzig und Stuttgart zeichnen sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den Übergängen von Hauptschülerinnen und Hauptschülern in Ausbildung nach. Eine Gemeinsamkeit ist, dass diese Jugendlichen am Ende ihrer Pflichtschulzeit weitere Bildung und Qualifizierung anstreben. Ein Unterschied besteht darin, dass Schülerinnen und Schüler aus dem dreigliedrigen Schulsystem in Stuttgart zu hohen Anteilen erst einmal einen Mittleren Bildungsabschluss erwerben wollen, bevor sie eine Ausbildung beginnen, während für Schülerinnen und Schüler im Hauptschulzug der Leipziger Mittelschulen die sofortige Aufnahme einer Ausbildung höchste Priorität hat. Ferner schließt sich in Stuttgart nach einem berufsvorbereitenden Bildungsgang für die größte Gruppe der Teilnehmenden ein zweites Jahr der Berufsvorbereitung an, während in Leipzig die überwiegende Mehrheit in eine Ausbildung einmündet. Die Autorinnen erklären die Unterschiede sowohl mit den Strukturen der Sekundarstufe I als auch der Ausbildungssysteme der beiden Länder.

Die zwei Beiträge „Zur Diskussion“ in diesem Heft behandeln Fragen der Ausgestaltung von Bildungsgängen des Übergangssystems: Joachim Schroeder kritisiert das Fehlen genuin pädagogischer Konzepte für die unterschiedlichen Angebotsformen der Berufsvorbereitung. Zwar würden die Probleme der Jugendlichen richtig erkannt, aber die falschen Maßnahmen ergriffen: So würden beispielsweise zur Behebung der bei einem hohen Anteil der Teilnehmenden bestehenden Defizite im Schriftsprachenerwerb die gleichen Formen der Sprachförderung angeboten, die das Entstehen dieser Defizite in den vorangegangenen Bildungsverläufen nicht verhindert, sondern teilweise sogar begünstigt hätten. Für Schröder verweist dies auf eine unzureichende Reflektion über die Zielgruppe. Er skizziert daher ein auf deren schwierige Lebenslagen bezogenes „übergangspädagogisches Grundbildungskonzept“ und macht Vorschläge für dessen Umsetzung.

Frank Braun und Boris Geier setzen sich mit der Behandlung des Übergangssystems in den Nationalen Bildungsberichten auseinander. Ihr zentraler Kritikpunkt ist, dass eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen, dem Übergangssystem zugerechneten Bildungsgänge nicht stattfindet. Der Erwerb höherwertiger allgemein bildender Abschlüsse in Bildungsgängen des Übergangssystems werde ignoriert. Diese Vernachlässigung allgemein bildender Funktionen des Übergangssystems werde in der Fachdiskussion und in Reformkonzepten fortgeschrieben, indem das Übergangssystem als ein dem regulären Ausbildungssystem vorgelagerter Wartesaal behandelt werde, in dem es Zeiten zu überbrücken gelte. Versperrt werde damit der Blick zurück auf die Struktur des allgemein bildenden Schulsystems sowie auf die Frage, warum so viele Jugendliche erst nach dessen Verlassen Schulabschlüsse erwerben können, die für die Mehrzahl beruflicher Ausbildungsgänge eine faktische Zugangsvoraussetzung darstellen.

In der Initiative „Übergänge mit System“ arbeiten aktuell neun Bundesländer mit der Bertelsmann Stiftung bei der Reform des Übergangssystems zusammen. Der Bericht von Gerhard Christe zu den Länderstrategien zeigt, dass das für die Initiative entwickelte Konzept Anstöße für Reformen gegeben hat. Die tatsächlichen Muster des Vorgehens in den Ländern reichen von einem Beharren auf dem Bestehenden über „kleinere Reparaturen“ bis hin zu grundlegenden Strukturreformen. Eine Vergleichbarkeit der Systeme zeichnet sich bisher nicht ab.

Frank Braun/Detlef Fickermann